



Entwicklungspolitisches
Netzwerk Sachsen e.V.



Dokumentation

zum Fachtag

„Der Krieg & wir“

14. Juni 2022, 10-16 Uhr

Villa Rosental, Humboldtstr. 1

04105 Leipzig & hybrid

**Hintergründe, Einschätzungen und entwicklungspolitische Handlungsmöglichkeiten
zum Krieg in der Ukraine und anderswo**

Ein Fachtag der entwicklungspolitischen Eine-Welt-Landesnetzwerke ENS (Sachsen), ENSA (Sachsen-Anhalt), EWNT (Thüringen), VENROB (Brandenburg) und der Stiftung Nord-Süd-Brücken



DIESE MASSNAHME WIRD GEFÖRDERT VON



Programm

- 10.00 Uhr Eröffnung des Fachtages durch die Veranstalter*innen
- 10.30 Uhr Eine ukrainische Stimme/Perspektive zum Einstieg, Maria Tuzani (Kiew/Leipzig), Eine Welt Leipzig e.V.



- 10.45 Uhr Internationaler Überblick und Hintergründe des Krieges in der Ukraine, Andreas Zumach, Journalist, Autor, UN-Experte
- 11.15 Uhr Sexualisierte Kriegsgewalt. Ursachen, Wirkungen und notwendige Gegenmaßnahmen, Jessica Mosbahi, Abteilung Politik und Menschenrechte, Medica Mondiale e.V.
- 11.45 Uhr Rückfragen, Diskussion
- 12.30 Uhr Mittagspause
- 13.30 Uhr Arbeitsgruppen
Arbeitsgruppe A: Ursachen und friedenspolitische Folgen des Krieges in der Ukraine
Arbeitsgruppe B: Entwicklungspolitische Folgen des Krieges in der Ukraine
Arbeitsgruppe C: Der Ukraine-Krieg und die Notwendigkeit einer globalen Solidarität
- 15.00 Uhr Gemeinsames Abschlussplenum
Die einzelnen AGs benennen – entlang von Leitfragen - die wesentlichen Kernpunkte und stellen gegebenenfalls konkrete Ideen eines möglichen weiteren Vorgehens vor.
- 15.50 Uhr Verabschiedung durch die Veranstalter*innen
- 16.00 Uhr Ende des Fachtages

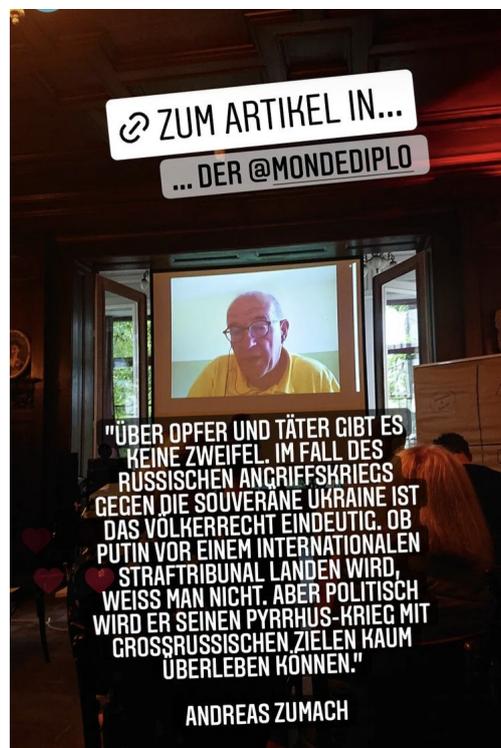
Zum Impuls „**Internationaler Überblick und Hintergründe des Krieges in der Ukraine**“ von **Andreas Zumach** empfehlen wir den Artikel des Autors in *le monde diplomatique*, der hier kostenfrei abgerufen werden kann:

<https://monde-diplomatique.de/artikel/!5830499>

Putins Krieg, Russlands Krise

Über Opfer und Täter gibt es keine Zweifel. Im Fall des russischen Angriffskriegs gegen die souveräne Ukraine ist das Völkerrecht eindeutig. Ob Putin vor einem internationalen Straftribunal landen wird, weiß man nicht. Aber politisch wird er seinen Pyrrhus-Krieg mit großrussischen Zielen kaum überleben können.

von Andreas Zumach



Sexualisierte Kriegsgewalt. Ursachen, Wirkungen und notwendige Gegenmaßnahmen

Jessica Mosbahi, LL.M (Kapstadt), Referentin Menschenrechte und Politik bei *medica mondiale* e. V.



Vielen Dank für die Einladung zu diesem wichtigen Austausch.

Der Titel des Fachtags sagt es bereits, der Fokus liegt heute auf dem Krieg in der Ukraine und seinen Folgen. In meinem Input möchte ich jedoch den Blick weiten und über das Thema sexualisierte Kriegsgewalt, nicht nur im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine, sprechen.

Warum? Wenn wir über Krieg und die Auswirkungen von Krieg sprechen, müssen wir immer auch darüber sprechen, dass Frauen in Kriegen vergewaltigt werden – und zwar nicht nur in diesem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, sondern auch in allen anderen vergangenen und aktuellen Kriegsszenarien.

Über die Arbeit von *medica mondiale*

Aber lassen Sie uns mit den Fällen von sexualisierter Kriegsgewalt in der Ukraine anfangen. Ziemlich von Kriegsbeginn an war das Thema Kriegsvergewaltigungen in der medialen Berichterstattung über den Ukrainekrieg präsent. Ukrainische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) haben sofort damit begonnen, Fälle von sexualisierter Kriegsgewalt zu dokumentieren, die nach und nach auch von internationalen Organisationen bestätigt wurden. Eine dieser Organisationen ist die NGO La Strada, die sich in der Ukraine gegen Menschenhandel und Gewalt gegen Frauen und Kinder engagiert. In den Dokumenten, die vorliegen, wird von Gruppenvergewaltigungen von Teenager-Mädchen berichtet, die in einem Keller festgehalten wurden, von

Vergewaltigungen älterer Frauen oder Genitalverstümmelungen an Kindern und ihrer anschließenden Ermordung.

Nicht alle Berichte, die vorliegen, können verifiziert werden. Doch unsere 30-jährige Erfahrung als Frauenrechtsorganisation in Kriegsgebieten lässt uns wissen, dass die Berichte realistisch sind.

Und, sie haben uns nicht überrascht. Vielmehr haben die Schilderungen über die Gewaltverbrechen Erinnerungen an einen anderen Krieg hervorgerufen. Denn fast zeitgleich mit dem Angriffskrieg der russischen Föderation in der Ukraine jährte sich diesen April der Kriegsausbruch in Bosnien zum 30. Mal. Vieles, was jetzt in der Ukraine passiert, erinnert Kolleg:innen an die Jugoslawienkriege: die Propaganda der Angreifenden, das zögerliche Abwarten der westlichen Regierungen und vor allem die sexualisierte Gewalt, die Frauen jetzt erleben.

Aus unserer Arbeitserfahrung wissen wir, dass sexualisierte Gewalt keine Ausnahmereignung ist. Sie ist nicht nur in den Jugoslawienkriegen geschehen oder jetzt in der Ukraine, sondern findet täglich überall auf der Welt in vielen Kriegen statt und betrifft hunderttausende Frauen –und zwar vor allem die Frauen, auch wenn Männer und Kinder ebenfalls sexualisierte Gewalt erleben.

Genau aus diesem Grund wurde *medica mondiale* 1993, mitten im Bosnienkrieg, gegründet: um Frauen vor sexualisierter Kriegsgewalt zu schützen, um sie dabei zu unterstützen, die Folgen der Gewalt, die sie erlebt haben, zu bewältigen, und um die Politik in die Verantwortung zu nehmen, etwas gegen diese Menschenrechtsverletzung zu tun. Wir arbeiten mittlerweile mit einem Netzwerk aus 35 lokalen Frauenrechtsorganisationen in 14 Ländern und auf drei Kontinenten. Es handelt sich dabei jeweils um Länder, die Kriege erlebt haben oder sich noch mitten in kriegerischen Auseinandersetzungen befinden. Eines dieser Länder ist die Demokratische Republik Kongo, in der seit über 30 Jahren gekämpft und Gewalt ausgeübt wird: ein Krieg, über den schon lange niemand mehr spricht. Und in all diesen Ländern leben Frauen, die sexualisierte Kriegsgewalt überlebt haben, wie zum Beispiel in Ruanda, wo während des Genozids an den Tutsi im Jahr 1994 hunderttausende Frauen vergewaltigt wurden.

Um es noch einmal zu betonen: An dem Ausmaß dieser Gewalt hat sich in den letzten 30 Jahren, seit Beginn unserer Arbeit, nichts geändert.

Ursachen von sexualisierter Kriegsgewalt

Deshalb stellen wir uns, wie so viele andere auch, bis heute die Frage: Warum passiert sexualisierte Kriegsgewalt? Und weiter: Warum schaffen wir es nicht, die Ursachen dieser Gewalt zu bekämpfen?

Vorab: Ich werde Ihnen heute vermutlich keine befriedigende Antwort auf diese Frage geben und schon gar nicht die *eine* einfache Lösung anbieten können. Aber ich möchte als Vertreterin einer feministischen Frauenrechts- und Hilfsorganisation laut überlegen, warum wir bei dem Thema kaum weiterkommen.

Auch Wissenschaftler:innen, die sich seit Jahrzehnten mit der Frage nach den Ursachen von sexualisierter Kriegsgewalt beschäftigen, sagen: Es gibt sie nicht, die eine richtige Antwort. Die Forschungen zeigen, dass das Ausmaß von sexualisierter Kriegsgewalt je nach Kriegskontext variiert und auch die Gründe der Täter nicht immer identisch sind und schon gar nicht vereinfachend dargestellt werden können.

Dennoch hat sich seit den 2000er Jahren auf Ebene der Vereinten Nationen, in der Politik und in den Medien das Narrativ von sexualisierter Gewalt als Kriegswaffe etabliert. Dieses Narrativ ist mittlerweile die Mainstream-Erklärung bei der Frage, warum es zu sexualisierter Kriegsgewalt kommt. Das Kriegswaffen-Narrativ geht davon aus, dass sexualisierte Gewalt in Kriegen angeordnet wird und Teil einer militärischen Gesamtstrategie ist. Die Gewalt wird also gezielt eingesetzt, um die feindliche Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen, sie zu demoralisieren, ganze Gemeinschaften zu vernichten und/oder aus ihren Landesgebieten zu vertreiben.

Eine positive Errungenschaft, die der Kriegswaffendiskurs ohne Zweifel mit sich gebracht hat, ist, dass zum einen mehr über sexualisierte Kriegsgewalt gesprochen wird. Zum anderen traut sich kein:e Verantwortungsträger:in mehr – zumindest diejenigen aus dem demokratischen Lager und zumindest nicht laut – Kriegsvergewaltigungen als unvermeidliches, wenn auch bedauerliches, Nebenprodukt von Kriegen zu bezeichnen. Das war in den 1990er Jahren noch anders.

Dass sexualisierte Kriegsgewalt durchaus angeordnet und strategisch eingesetzt wird, haben die Kriege in Bosnien und Herzegowina und in Ruanda gezeigt, bei denen eine solche Strategie von den ad hoc Straftribunalen zur Aufarbeitung der Kriegsverbrechen nachgewiesen wurde. In anderen Kriegen hingegen ist die Lage diffiziler. Die juristische Aufarbeitung von Kriegsvergewaltigungen und anderen Formen sexualisierter Gewalt scheitert nicht selten genau daran, dass *kein* Nachweis darüber erbracht werden kann, dass die Gewalt von militärischen Verantwortungsträgern angeordnet wurde. Noch seltener gibt es schriftliche Nachweise darüber, dass sexualisierte Gewalt vorsätzlich als Teil einer militärischen Kriegsstrategie angewendet werden soll.

Wenn zum Beispiel US-amerikanische Befehlshaber den Soldaten im Vietnamkrieg gesagt haben „Everything you'll find is yours“, kann das nicht als direkte Anordnung zur Ausübung von zum Beispiel Kriegsvergewaltigungen bewertet werden.¹ Eine solche Aussage eröffnet aber Interpretations- und Handlungsspielräume für die Befehlsempfänger:innen. Wenn diese Spielräume von Soldaten dafür genutzt werden, Frauen zu vergewaltigen, dann hat das wiederum viel mit einer patriarchalen Denklöge zu tun, auf die ich gleich noch eingehen möchte.

Wenn wir uns nun mit den bislang öffentlich gewordenen Vergewaltigungen auseinandersetzen, die von russischen Soldaten in der Ukraine begangen wurden, kann zumindest davon gesprochen werden, dass es strategische Elemente gibt. So weist die ukrainische Wissenschaftlerin Marta Havryshko darauf hin, dass viele der Vergewaltigungen, von denen wir jetzt hören, öffentlich stattgefunden haben: also vor den Augen anderer Zivilist:innen, vor Familienangehörigen. Den Tätern scheint es also darum zu gehen, wie Havryshko jüngst in einem Interview sagte, zu zeigen, was sie können, ihre Macht zu demonstrieren. Das ist sicherlich eine Strategie, die zur Einschüchterung der ukrainischen Bevölkerung dient.²

Auch wenn wir der Annahme folgen, dass es Fälle von sexualisierter Kriegsgewalt gibt, die strategisch eingesetzt werden, betrachten wir die Kriegswaffenrhetorik aus feministischer Perspektive auch kritisch. Sie greift unserer Meinung nach zu kurz, weil sie die strukturelle

1 SWR 2 Wissen, Sendung vom 09. Mai 2022 um 09:30 Uhr, „Sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe“ von Bartholomäus Löffert und Alicia Prager, <https://www.swr.de/swr2/wissen/sexualisierte-gewalt-als-kriegswaffe-swr2-wissen-2022-05-09-102.pdf>, [abgerufen am 08. 07. 2022].

2 Havryshko, Marta/Regina Mühlhäuser (2022): A Weapon of War? Some Reflections on Sexual Violence during the Russian War in Ukraine — Marta Havryshko in Conversation with Regina Mühlhäuser, The New Fascism Syllabus, [online] <http://newfascismsyllabus.com/contributions/ukrainian-dispatches/a-weapon-of-war-some-observations-on-sexual-violence-during-the-russian-war-in-ukraine/> [abgerufen am 01.07.2022].

gesellschaftliche Ungleichheit zwischen den Geschlechtern als wesentliche Ursache für die Gewalt ignoriert. Patriarchale Machtstrukturen, durch die Frauen und andere soziale Gruppen während Friedenszeiten marginalisiert und unterdrückt werden, sind aber ein wesentlicher Grund dafür, warum sexualisierte Kriegsgewalt trotz zahlreicher Resolutionen, Aktionspläne und stark gesteigener medialer Präsenz bis heute ungebrochen ausgeübt wird.

Lassen Sie uns noch kurz auf weitere Erklärungen für sexualisierte Kriegsgewalt schauen.

Vielfach wird auch gesagt, dass Kriegsvergewaltigungen dazu dienen, die Verbundenheit zwischen Soldaten zu stärken. Dies geschehe zum Beispiel, um Söldnertruppen, die ad hoc für einen bestimmten Krieg rekrutiert wurden und nicht Teil von bestehenden Militärstrukturen sind, miteinander zu verbinden. Das Vergewaltigen von Frauen, auch von Soldatinnen aus den eigenen Reihen, sei in diesen Fällen Teil eines Initiationsrituals und diene der Verbrüderung der Soldaten untereinander.³

In weiteren Erklärungen für die Ausübung von sexualisierter Kriegsgewalt dient diese als Bezahlung für die Soldaten, als eine Art Belohnung für ihren Kriegseinsatz. Und manchmal scheint die ausgeübte sexualisierte Gewalt zufällig zu passieren, also einfach aus dem Grund, weil der Soldat die Möglichkeit hatte, zu vergewaltigen. Diese Taten werden dann als sexualisierte Gewalt aus Opportunismus bezeichnet.⁴

Wir gehen davon aus, dass sich die verschiedenen Motive durchaus auch vermischen und nicht immer trennscharf voneinander abgegrenzt werden können. Doch unabhängig davon, aus welchem vermeintlichen Grund sexualisierte Kriegsgewalt ausgeübt wird, und unabhängig davon, ob sie von Soldaten, Rebellen oder Zivilisten verübt wird, ob sie gezielt eingesetzt wird, geduldet wird oder eher zufällig geschieht, ist eines klar: Ihre Wirkung ist verheerend und zerstörerisch – nicht nur für die individuell betroffene Frau, sondern auch für Gesellschaften im Ganzen.

Patriarchale Machtlogik als Ursache sexualisierter Gewalt

Die Rhetorik von sexualisierter Kriegsgewalt als Kriegswaffe wird unter anderem deshalb angewendet, um die Schwere und das Ausmaß des Verbrechens deutlich zu machen. Denn sexualisierte Kriegsgewalt ist auch deshalb so grausam und so wirksam, weil sie Gesellschaften so stark in ihrem Zusammenhalt verletzt.

Diese Verletzung tritt vor allem deshalb ein – und hier möchte ich zu der hinter der Gewalt stehenden patriarchalen Machtlogik kommen – weil der „unbeschädigte“ Körper einer Frau bis heute für die „Ehre“ ihres Ehemannes und der ganzen Nation steht. Wird eine Frau vergewaltigt, gilt ihre „Ehre“, die ihrer Familie und Gemeinschaft als beschädigt. Der Feind signalisiert dem Gegner: Ihr konntet nicht mal eure Frauen schützen. Diese Botschaft wirkt, weil die gegnerischen Männer in der gleichen misogynen Logik denken wie die Täter. Frauen, die sexualisierte Gewalt überlebt haben, sind nicht nur körperlich und seelisch verletzt worden, sondern werden durch die Tat auch stigmatisiert: stigmatisiert als beschmutzt, als entehrt und damit in der Folge zum Beispiel nicht mehr zu verheiraten, nicht mehr nützlich für ihre Gemeinschaft zu sein. In den Kriegsgebieten, in denen wir arbeiten, werden die Frauen vielfach von ihren Ehemännern oder Familien verstoßen und aus der Gemeinschaft ausgeschlossen. Diese Frauen müssen dann – häufig auch mit den

3 Cohen, Dara Kay (2013): Explaining Rape during Civil War. Cross-National Evidence (1980–2009). In: American Political Science Review 107 (3), S. 461–477. DOI: 10.1017/S0003055413000221.

4 Wood, Elisabeth Jean (2014): Conflict-related sexual violence and the policy implications of recent research. In: Int. rev. Red Cross 96 (894), S. 457–478. DOI: 10.1017/S1816383115000077.

Kindern, die aus den Vergewaltigungen geboren werden – am Rand der Gesellschaft leben, ohne jegliche finanzielle Grundlage.

Dabei sind es nicht die Frauen, die Schuld an der Vergewaltigung haben, sondern die Täter. Und dennoch sind es meist die Frauen, die für das, was ihnen passiert ist, verantwortlich gemacht werden. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von einem doppelten Unrecht, das den Frauen geschieht: das der sexualisierten Gewalt und das der Schuldzuweisung. Wir haben es mit einer klassischen Täter-Opfer-Umkehr zu tun.

Wenn die Überlebende nicht in der Öffentlichkeit, vor den Augen anderer Personen vergewaltigt wurde, bleibt zudem häufig ein kleiner Restzweifel zurück in der Partnerschaft und in der Familie: Ob die Frau es nicht doch „gewollt hat“, ob sie sich nicht doch so verhalten hat, dass sie die Vergewaltigung provoziert hat.

Das ist patriarchales Denken. Und die Systematik von sexualisierter Kriegsgewalt liegt unserer Meinung nach genau in diesem patriarchalen Denken, das in allen Gesellschaften strukturell verankert und bis heute tief in die gesellschaftliche DANN eingeschrieben ist. Unsere Gesellschaftssysteme sind so tief durchdrungen von der Vorstellung, dass Frauen gegenüber Männern minderwertig sind, dass Frauen im Besitz von Männern stehen, ihre Körper verfügbar sind und Gewalt ein legitimes Mittel ist, um ungehorsame Frauen wieder an ihren Platz zu verweisen

Und zwar nicht nur in Kriegssituationen oder in Nachkriegsländern oder im Globalen Süden oder eben *anderswo*. Nein: auch hier in Deutschland. Es lohnt sich, Rechtsanwält:innen zuzuhören, die Überlebende von Vergewaltigungen oder häuslicher Gewalt verteidigen und von den frauenfeindlichen Äußerungen und oftmals haarsträubenden Urteilsbegründungen der Richter:innen in Sexualstrafverfahren erzählen. Aus diesen Berichten wird deutlich, wie stark Vergewaltigungsmythen auch in der deutschen Rechtsprechung im Jahr 2022 noch immer wirken - und welche wesentliche Rolle für die Urteilsfindung immer noch spielt, wie das sexuelle Vorleben einer vergewaltigten Frau war oder welche Kleidung sie während der Vergewaltigung getragen hat.

Wenn ich also eingangs gesagt habe, dass das Kriegswaffen-Narrativ zu kurz greift, dann genau aus diesen Gründen. Wer sagt, dass sexualisierte Gewalt lediglich oder vor allem aus militärisch-strategischen Gründen eingesetzt wird, verhindert, dass die frauenfeindlichen Strukturen, die unsere Gesellschaften auch in Friedenszeiten durchziehen, offengelegt werden. Und suggeriert, dass sexualisierte Gewalt ein abgrenzbares Ereignis ist, das mit dem Krieg beginnt und zum Ende des Krieges wieder verschwindet.

Soldaten, die im Krieg vergewaltigen, sind Menschen wie wir: Menschen, die geprägt sind von ihrer Erziehung, den gesellschaftlichen Normen ihres Umfelds und ihres Landes, der Politik und Sprache, die sie umgibt. Sie sind davon geprägt, wie über Frauen gesprochen wird, wie mit häuslicher Gewalt in ihrem Land umgegangen wird, wie mit den Tätern und wie mit den Opfern, wie mit Überlebenden von sexualisierter Gewalt – und wie mit Frauen, die es wagen, öffentlich über eine Vergewaltigung zu sprechen und den Täter anzuklagen. Sie sind davon geprägt, wie Männer und Frauen zu sein haben, mit welchen Attributen sie versehen werden. Sie sind geprägt von heteronormativen Sexualvorstellungen, von der immer noch dominierenden Vorstellung von Zweigeschlechtlichkeit.

Die Norm, das ist weltweit bis heute der weiße heterosexuelle Mann.

Die Vorstellung also, dass diejenigen, die im Krieg vergewaltigen, absonderlich, böse, nicht normal, Monster, schlichtweg anders sind als wir, wird uns nicht weiterhelfen bei der Suche nach Lösungen. Und diese Vorstellungen helfen auch denjenigen nicht, die die Gewalt erlebt haben. Das Gegenteil ist der Fall. Das Wegschieben und Ausblenden der Gewalt als etwas Außergewöhnliches, dass nur woanders passiert und nur von „den anderen“ ausgeübt wird, führt leicht dazu, dass Frauen für nationalistische Propaganda missbraucht werden, um den Feind zu diffamieren.

Es kann auch dazu führen, dass andere Gewaltformen, die nicht im direkten Zusammenhang mit den Kriegshandlungen stehen, wie zum Beispiel häusliche Gewalt, nicht anerkannt und sogar banalisiert werden. Und es kann dazu führen, dass nur bestimmte Gewaltopfer als „richtigen Opfer“ gesehen werden, und andere, die nicht ins Bild passen, wie zum Beispiel Frauen der Gegenseite oder trans Frauen, nicht als Opfer anerkannt werden.

Dabei ist das, was die überlebenden Frauen am dringendsten brauchen, die gesellschaftliche Anerkennung des Unrechts, das ihnen angetan wurde – unabhängig davon, welcher Täter ihnen die Gewalt angetan hat. Diese Erkenntnis stammt aus einer Langzeitstudie, die wir mit überlebenden Frauen von sexualisierter Kriegsgewalt in Bosnien durchgeführt haben. Gleichzeitig hat die Studie verdeutlicht, wie zerstörerisch die gesellschaftliche Ausgrenzung und das Stigma wirken: stärker vielleicht noch als andere körperliche und seelische Verletzungen.⁵

Viele der Frauen sind von der Gewalt, die sie erlebt haben, traumatisiert. Sie brauchen ein Umfeld, das sie auffängt, in dem sie zur Ruhe kommen können, in dem sie sich sicher fühlen können. Sie wollen nicht instrumentalisiert werden, für welche Zwecke auch immer. In den Kriegs- und Nachkriegsgebieten, in denen wir mit unseren Partner:innen arbeiten, haben Frauen oft keinen Zugang zu Psychotherapie im klassischen Sinne. Wir haben deshalb gemeinsam mit unseren Partner:innen trauma-sensible psychosoziale Programme entwickelt. Die Frauen bekommen niedrigschwellige Angebote, wie sie mit den Folgen der Gewalt umgehen können und wie sie die Angst in den Griff bekommen, die sich ganz unterschiedlich äußern kann.

Genauso wichtig ist es aber, die Frauen aus der Vereinzelung zu holen. Das tun wir, indem wir Gruppengespräche anbieten, bei denen sich Überlebende von sexualisierter Gewalt miteinander austauschen können. Die Frauen erleben in der Gemeinschaft, dass nicht sie alleine betroffen sind, dass auch andere Frauen ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Immer wieder werden sie von den Berater:innen darin bestärkt, dass sie nicht Schuld sind an dem, was ihnen passiert ist.

Das ist es auch, was Frauen aus der Ukraine jetzt brauchen, vor Ort und in den aufnehmenden Staaten: Sie brauchen Sicherheit, psychosoziale Unterstützung und trauma-sensible Unterstützungsangebote. Sie müssen entscheiden können, ob sie über das, was ihnen passiert ist, berichten wollen oder nicht. Auch diejenigen, die sich in der Ukraine um die überlebenden Frauen von sexualisierter Gewalt kümmern, brauchen dringend Unterstützung. Sie arbeiten rund um die Uhr und gehen 7 Tage, 24 Stunden über ihre physischen und psychischen Grenzen hinaus, um die Frauen zu stabilisieren.

Handlungsoptionen

5 Husić, Sabiha et al. (2014): We are still alive. We have been harmed but we are brave and strong: Research on the long-term consequences of war rape and coping strategies of survivors in Bosnia and Herzegovina, Medica Zenica/Medica Mondiale (Hrsg.), Zenica, Bosnien und Herzegowina: Medica Zenica/Medica Mondiale [online] https://medicamondiale.org/fileadmin/redaktion/7_Service/1_Mediathek/1_Dokumente/1_Deutsch/Dokumentationen_Studien/2015_Zusammenfassung_Studie_We-Are-Still-Alive_Bosnien-Herzegowina_CR_Medica-Zenica_medica-mondiale__1_.pdf [abgerufen am 01.07.2022].

Diese Angebote sind erste wichtige Schritte, auf die auch unsere Kolleginnen in Ruanda, in der Demokratischen Republik Kongo, in Uganda und anderswo aufbauen. Um jedoch etwas für die Zukunft zu verändern, braucht es weitere Schritte: Es braucht die Sensibilisierung der ganzen Gemeinschaft, der Männer vor allem, der Dorfältesten, der Verantwortungsträger. Sie müssen begreifen, dass die Frau keine Schuld trägt und dass Gewalt gegen Frauen niemals ein Mittel sein darf.

Genau deshalb müssen Geschlechterstereotype aufgebrochen und Machtverhältnisse verändert werden. Dafür muss auch die Vorstellung aufgegeben werden, dass Männer aktiv, stark, rational, aggressiv und Frauen passiv, schwach, emotional, fürsorglich sind und diese vermeintlich zwei Geschlechter auch so zu sein. Denn auf genau dieser Vorstellung basiert die Männlichkeit, der wir im Krieg begegnen – eine Männlichkeit, die laut dem Soziologen Rolf Pohl auch eine feindselige und aggressive Sexualität beinhaltet, die mit der gesellschaftlichen Rolle von Männern zu tun hat.⁶

Eine Männlichkeit, die sich über die Abwertung von Weiblichkeit definiert, von Homosexualität, von Transgeschlechtlichkeit und die häufig auch einhergeht mit rassistischen Vorstellungen über nicht-weiße Menschen.

Seit Oktober 2000, also seit über 20 Jahren, sind die Resolution 1325 und neun Folgeresolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in Kraft. In diesen Resolutionen steht ausdrücklich, dass die Vertragsparteien alles daran setzen müssen, Frauen vor sexualisierter Gewalt in Kriegen zu schützen, dass sexualisierte Gewalt ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ein Kriegsverbrechen sein kann und die Täter bestraft werden müssen. Doch diese Resolutionen entfalten kaum Wirkung.

Und wie auch? Wie sollen wir von Regierungen, die die Frauen in ihrem Einflussbereich auch in Friedenszeiten nicht vor Gewalt schützen, erwarten, dass sie in einem kriegerischen Ausnahmezustand eine Schutzfunktion übernehmen? Wie sollen wir das von Menschen erwarten, die von denselben stereotypen Geschlechtseinstellungen geprägt sind, von denselben patriarchalen Glaubenssätzen, wie die Täter?

Wenn Präsident Putin eine militärische Einheit auszeichnet, die nachweislich in der Stadt Botscha schwere Verbrechen begangen hat, dann legitimiert er dieses Verhalten und damit auch die dort begangene sexualisierte Gewalt. Und er sendet ein Signal an alle noch im Krieg befindlichen Soldaten, dass ein solches Vorgehen in Ordnung und sogar gewollt ist.

Doch diese frauenfeindlichen Haltungen finden sich nicht nur bei den Kriegsparteien wieder. Auch in Europa und in Deutschland ist Gewalt gegen Frauen stärker gesellschaftlich akzeptiert als wir es wahrhaben wollen. In einem Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 25. Mai sagt der Kriminologe Christian Pfeiffer: „Seit der Jahrtausendwende ist die Zahl der Frauen, die innerfamiliär oder durch (Ex-) Partner Opfer einer gefährlichen/schweren Körperverletzung geworden sind, von 6.190 auf 14.181 angestiegen.“⁷

6 Pohl, Rolf (2019): Sexismus und destruktive Sexualität in männlich dominierten Gesellschaften. In: Medica mondiale [Hrsg.] Kein Krieg auf meinem Körper. Fachbeiträge zu sexualisierter Gewalt, Trauma und Gerechtigkeit [online] https://medicamondiale.org/fileadmin/redaktion/_Migration-alte-Website/Migration_News/PDF/Fachbroschuere_medica-mondiale_2019.pdf [abgerufen am 01.07.2022].

7 Balsler, Markus (2022): Kriminalität: Starker Anstieg bei Gewalt gegen Frauen in Familien [online] <https://www.sueddeutsche.de/politik/gewalt-gegen-frauen-familie-kriminologie-1.5591733> [abgerufen am 07.07.2022].

Lassen Sie mich noch einmal zurück zur Ukraine kommen. Wir sprechen jetzt – zu Recht – über die Kriegsvergewaltigungen, die gerade in der Ukraine passieren. Es ist wichtig, dass wir darüber reden und den betroffenen Frauen zuhören. Aber wir müssen gleichzeitig darüber reden, dass in der Ukraine jährlich schätzungsweise 1,1 Millionen Frauen Opfer physischer, sexualisierter oder psychischer Gewalt durch Familienmitglieder werden. Und wir müssen darüber reden, dass Kriege immer auch dazu führen, dass häusliche Gewalt ansteigt, weil Männer die durch die Kriegsgewalt erzeugten Stressoren häufig im Nachgang bei ihren Partnerinnen entladen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang eine ukrainische Organisation zitieren, die Überlebende von häuslicher Gewalt unterstützt: “Domestic violence has really increased. They [men] come home from territorial defense and he is a hero, while she has to do everything [around the house]. He has great stress on his mind [from the war] and he takes it out on her.”⁸

Wir müssen genauso darüber sprechen, dass in Russland laut Frauenrechtler:innen jährlich Tausende Frauen durch Angehörige getötet werden⁹– und dass es in Deutschland laut polizeilicher Kriminalstatistik im Jahr 2020 mehr als 148.000 Opfer von Partnerschaftsgewalt gab, davon 80,5% weiblich.¹⁰

Als feministische Organisation spricht *medica mondiale* deshalb von einem Kontinuum der Gewalt, das Frauen erleben. Denn die Gewalt ist meist nach Kriegsende nicht vorbei. Sie hat auch für viele Frauen nicht mit Beginn des Krieges angefangen, sondern zieht sich durch ihr Leben.

Wenn wir also über Gegenmaßnahmen, über wirksame Strategien zur Bekämpfung von sexualisierter Kriegsgewalt sprechen, müssen wir immer über beides reden: über geschlechtsspezifische Gewalt, die während eines Krieges passiert, und über geschlechtsspezifische Gewalt, die in sogenannten Friedenszeiten ausgeübt wird. Sexualisierte Gewalt ist Teil eines strukturellen Problems mit Sexismus, das wir in allen Gesellschaften haben.

Gleichzeitig ist es wichtig, die richtigen Fragen zu stellen und sich nicht mit den falschen Antworten zufrieden zu geben. Ist es wirklich eine befriedigende Antwort, dass Soldaten Frauen aus Gründen des „male bonding“, also zur Verbrüderung, vergewaltigen? Müssten wir nicht erwarten, dass Soldaten, denen so etwas abverlangt wird, schreiend davonlaufen, anstatt mitzumachen, weil es von ihnen verlangt wird?

Und wenn wir das auf die politische Ebene übertragen, dann müssen wir von der deutschen Politik einfordern, dass sie sowohl eine feministische Außenpolitik entwickelt als auch die sogenannte Istanbul-Konvention im eigenen Land umsetzt. *medica mondiale* fordert eine solche feministischen Außenpolitik schon lange. Es ist begrüßenswert, dass wir jetzt eine Außenministerin haben, die diese Politik vorantreiben will. Aber wir müssen bei aller Begeisterung auch kritisch bleiben und uns fragen, ob eine feministische Außenpolitik ohne eine feministische Inlandspolitik funktionieren kann.

8 VOICE & HIAS (2022): Regional Assessment Report/ Ukraine Crisis Response. Waiting for the sky to close. The Unprecedented Crisis Facing Women and Girls fleeing Ukraine [online] https://voiceamplified.org/wp-content/uploads/2022/05/regional_report.pdf [abgerufen am 01.07.2022].

9 Hebel, Christina (2019): Morde an Frauen in Russland. Wo Gewalt zu Hause ist, DER SPIEGEL, Hamburg, Germany, [online] <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/russland-versuch-43-fuer-ein-gesetz-gegen-haeusliche-gewalt-a-1301393.html> [abgerufen am 07.07.2022].

10 Bundeskriminalamt (2021): Gewalt in Partnerschaften hat 2020 weiter zugenommen, [online] <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/partnerschaftsgewalt-1984192> [abgerufen am 07.07.2022].

Seit 2018 und damit seit vier Jahren ist die Istanbul-Konvention in Deutschland in Kraft. Die Konvention wurde vom Europarat 2011 ins Leben gerufen und ist eines der umfassendsten und stärksten Instrumente zum Schutz von Frauen vor Gewalt und zur Unterstützung gewaltbetroffener Frauen. Bis heute hat die Bundesregierung keine Gesamtstrategie oder einen Aktionsplan zu ihrer Umsetzung erarbeitet, es gibt weder eine Monitoring- noch eine Koordinierungsstelle.

Die Frage drängt sich auf, wie ernst es Deutschland mit der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist, wenn völkerrechtliche Verpflichtungen nach innen nicht umgesetzt werden. Und es drängt sich die Frage auf, wie glaubwürdig eine feministische Politik auf dieser Basis nach außen agieren kann.

Wenn wir also respektvoll und ernsthaft mit dem Thema sexualisierte Kriegsgewalt und mit den Überlebenden dieser Gewalt umgehen wollen, dann dürfen wir keine Hierarchisierungen zwischen den unterschiedlichen Gewaltformen aufmachen. Sexualisierte Kriegsgewalt ist nicht „schlimmer“ oder „berichtenswerter“ als häusliche Gewalt oder Menschenhandel. Diese Hierarchisierung führt sonst zu solch untragbaren Ergebnissen, dass Überlebende von sexualisierter Gewalt in Friedenszeiten weniger Unterstützung, Geld und Aufmerksamkeit bekommen als Überlebende von Kriegsgewalt. Und es führt dazu, dass Überlebende von sexualisierter Kriegsgewalt immer wieder instrumentalisiert werden.

Eine solche Perspektive hilft weder den Überlebenden noch führt sie zu wirksamen Gegenmaßnahmen. Was hingegen helfen würde, ist:

- eine bedingungslose Solidarität mit *allen* Überlebenden von geschlechtsspezifischer Gewalt, sei es Kriegsgewalt oder anderen Gewaltformen
- langfristige finanzielle Unterstützung von Frauenorganisationen, die die Gewaltbetroffenen unterstützen
- die kritische Auseinandersetzung mit Geschlechterstereotypen, militarisierter Männlichkeit, Vergewaltigungsmythen und sich überschneidenden Diskriminierungen in Friedenszeiten und
- die ernsthafte Umsetzung verbindlicher völkerrechtlicher Verträge und Resolutionen.

Vielen Dank.

Arbeitsgruppe A: Ursachen und friedenspolitische Folgen des Krieges in der Ukraine

Koordination:

Christoph Boosen (aha-anders handeln e.V.) & Oscar Choque (Ayni e.V.)

Die Debatten zu den Ursachen des Krieges in der Ukraine sind stark auf die Entwicklung der Russischen Föderation seit dem Ende des Kalten Krieges konzentriert. Völlig zu Recht werden die Völkerrechtswidrigkeit dieses Krieges und die begangenen Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen kritisiert. Unterbelichtet bleiben demgegenüber nicht nur Fragen, die sich mit der Politik der westlichen Staaten und Bündnisse (insbesondere NATO und EU) und ihrem Umgang mit den Sicherheitsinteressen gegenüber der Sowjetunion / der Russischen Föderation auseinandersetzen, sondern auch intersektional-feministische Perspektiven auf Friedens- und Außenpolitik. Auf die Kriege, die in den letzten Jahrzehnten NATO-Staaten geführt haben, z.B. auf dem Balkan, im Irak oder in Afghanistan, wird selten verwiesen.

Die Arbeitsgruppe setzte sich im Rahmen des Fachtages mit drei Leitfragen auseinander:

Leitfrage 1: Stehen sowohl die NATO-Osterweiterung, als auch der Ukraine-Krieg im Kontext eines global beobachtbaren geopolitischen Ringens um Hegemonialität?

Zu dieser Leitfrage diskutierten wir drei Thesen:

- 1.) Ohne die seit 1999 kontinuierlich verfolgte Erweiterung der NATO um Staaten Osteuropas wäre es nicht zum gegenwärtigen Krieg in der Ukraine gekommen
- 2.) Der Angriff auf die Ukraine ist Ausdruck eines neuen russischen Imperialismus
- 3.) Die NATO ist ausschließlich ein Verteidigungsbündnis seiner Mitgliedsstaaten

In Bezug auf die erste These wurde zwar die NATO-Osterweiterung als eine (maßgebliche) Ursache für den Krieg bezeichnet, jedoch wurde zugleich bezweifelt, dass dies der alleinige oder auch Hauptgrund für den Angriff auf die Ukraine gewesen ist. Auch wenn es in hohem Maße russische Propaganda ist, so spielt die Diskriminierung russischstämmiger Menschen in der Ukraine auch eine gewisse Rolle für das Verhalten Russlands. Zugleich wurde betont, dass es Anfang der 90er Jahre schon fraglich gewesen sei, wozu man die NATO überhaupt noch braucht. Ein neoliberaler Spätkapitalismus nahm in den 90er Jahren Fahrt auf, weshalb der historische Moment für einen grundsätzlichen Neuanfang in den Beziehungen zu Russland verschlafen wurde. Zudem war der Kalte Krieg nie wirklich verschwunden, und es fand (auch medial) keine Aussöhnung statt; stattdessen gibt es jetzt wieder einen „Heißen Krieg“.

Hinsichtlich der zweiten These wurde die Auffassung vertreten, dass es sich bei dem Imperialismus-Vorwurf auch um ein westliches Narrativ handelt. Der Begriff wird als Kampfbegriff verwendet. Gleichwohl ist der Vorwurf des „Imperialismus“ auch nicht ganz von der Hand zu weisen. Womöglich verfolgt Russland mit diesem Krieg auch ökonomische Interessen. Zudem könnte sich Russland durch die westliche Sicht auf das Land (Obama: Russland als Regionalmacht) auch gedemütigt fühlen. Womöglich reagiert Russland auch aus einer inneren Schwäche heraus, die mit Kontrollverlustängsten verbunden ist.

Für die dritte These war schließlich die Zeit zur Diskussion etwas knapp. Generell herrschte hinsichtlich der Annahme, die NATO sei ausschließlich ein Verteidigungsbündnis, eine gewisse Skepsis vor. Die NATO dient womöglich auch einem „imperialistischen Wirtschaftsbündnis“.

Leitfrage 2: Welche Konsequenzen sind aus diesem Krieg und anderen Kriegen sicherheits- und friedenspolitisch zu ziehen?

Als zugezogene Person (Oscar Choque), die aus einem Land aus dem Globalen Süden kommt und die der Unterdrückung durch „große Mächte“ (gemeint sind die USA, die NATO und die EU) immer ausgesetzt war, ist und sein wird, wollte ich den Teilnehmer*innen in der Gruppe anhand der unter ausgeführten Thesen auf existierenden, „normalen“ und im Westen kaum in Frage gestellten Machtmissbrauch aufmerksam machen.

Zu den folgenden Thesen wurde in dieser Gruppe diskutiert:

- 1.) Sollten lateinamerikanische Länder Hilfe und auch militärische Unterstützung von anderen Mächten als den USA (Vormacht Nato) in ihren Ländern in Anspruch nehmen?
- 2.) Entwicklungspolitisch wäre es wichtig, dass sich die NATO auch um Staaten in Lateinamerika erweitert, um Frieden und Demokratie in der Region zu sichern?
- 3.) Manche NGOs werden durch große Mächte finanziert, um in die politischen Angelegenheiten eines souveränen Landes einzugreifen, dessen Politik mit den Zielen der jeweiligen Mächte übereinstimmt

Zu These 1: Die Idee hinter dieser These war herauszufinden, ob sich die Teilnehmer*innen vorstellen könnten, dass jedes souveräne Land in Lateinamerika (oder anderswo in Globalem Süden) eigenständig entscheiden kann, welche Macht für militärische Unterstützung eventuell in Anspruch genommen werden soll. Die Geschichte zeigt jedoch, dass die herrschenden Mächte (USA und NATO) niemals die Installation eines großen Militärstützpunkts anderer Mächte (z.B. Russland, China) erlauben würde..

Dieser These haben mehrere Teilnehmer*innen zugestimmt. Ein Teilnehmer meinte, dass als Europäer schwer vorzustellen ist, was die NATO und andere Mächte (China oder Russland) in diesem Zusammenhang in Lateinamerika machen können. Es wurde auch vorgeschlagen, dass anstatt eines Engagements der NATO in Lateinamerika ein Bündnis aus lateinamerikanischen Ländern denkbar wäre. Friedenmissionen, die durch NATO interessengeleitet in einem Land einsetzt aktiv sind, werden immer scheitern, da es sie von außen gesteuert werden. Andere Teilnehmer sagte, dass wenn man Frieden erreichen will, soll man darüber mit dem Feind, nicht aber mit dem Freund verhandeln. Damit wollte er sagen, dass in der jetzige Ukraine Krieg. Spricht der Ukraine lieber mit deiner Verbündeten: USA, EU (NATO) aber nicht mit Russland. Die Freunde von Ukraine erschweren die Gespräche des Friedens und gefährden die Situation in der ganzen Welt. Als Beispiel hierfür wurde die Kuba-Krise von 1962 erwähnt. Damals stationierte die UdSSR auf Kuba Atomraketen. Dieser Konflikt wurde nicht in Verhandlungen mit Kuba, sondern zwischen den USA und der UdSSR gelöst. Das bedeutet, dass hinsichtlich des Krieges in der Ukraine die NATO-Staaten und Russland über Frieden verhandeln sollten. Sie sind die Kriegstreiber.

Zur These 2: Unter entwicklungspolitischer Perspektive waren alle Teilnehmer*innen der Auffassung, dass die NATO als Militärbündnis nicht in Lateinamerika präsent sein sollte. Anstatt der NATO sollte vielmehr die UNO gestärkt bzw. reformiert werden. Denn bei jedem Krieg zeigt sich zum wiederholten Mal eine Schwachstelle des UN-Sicherheitsrats: Das Veto der jeweiligen Mächten verhindert jede Resolution, die verbindliche Gegenmaßnahmen in die Wege leiten könnte.

Zu These 3: Diese These wurde aus Zeitmangel nicht mehr behandelt/diskutiert.

Leitfrage 3: Welchen Beitrag kann eine intersektional-feministische Friedens- und Außenpolitik leisten?

Die im öffentlichen Diskurs immer wieder aufgeworfene Frage, ob es denn überhaupt einer feministischen Außenpolitik bedarf, wurde gleich zu Anfang bejaht. Grundsätzlich wurde allerdings festgestellt, dass es oft nicht klar ist, worum es geht, wenn von intersektional-feministischer Außenpolitik gesprochen wird. So wurde zunächst versucht, eine gemeinsame Diskussionsgrundlage in Form einer Definition zu finden: eine intersektional-feministische Außenpolitik nimmt die menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt anstatt der Sicherheit der Nationalstaaten, wie es im Moment vorherrschend ist. Wichtig ist hierbei auch zu nennen, dass eine feministische Außenpolitik die Bedürfnisse aller Personen umfasst, nicht ausschließlich die von Frauen. Somit rückt sie Intersektionalität mit in den Mittelpunkt. Auch wurde versucht, Gründe zu finden, warum die bereits seit mehreren Jahrzehnten bekannten Ansatzpunkte für ein feministisches System nicht schneller umgesetzt werden, damit ein struktureller Wandel vollzogen werden kann. Hier wurde darauf eingegangen, dass das jetzige Gesellschaftssystem immer noch stark an Herrschaftsstrukturen orientiert ist. Auch die Außenpolitik der EU und USA orientiert sich teilweise weiterhin an kolonialen Strukturen. Als Möglichkeit, dies zu verändern, wurde z. B. die Einführung von Quoten genannt.

Resümee aus den Diskussionen zu den Leitfragen

Aus der Zusammenführung der Ergebnisse der drei Leitfragen wurden folgende Handlungsoptionen gefunden: Als Grundproblematik wurde das System des Kapitalismus ausgemacht. Um diesem entgegenzuwirken, wurde vorgeschlagen, dass zum einen durch einen intersektional-feministischen Blick und diverse Perspektiven über die eigene Organisation Machtstrukturen hinterfragt und verändert werden können. Die Zivilgesellschaft sollte als Motor für Veränderungen betrachtet werden und dementsprechend auch gestärkt werden, ihre Arbeit zu tun. Visionen und Utopien sollten stärker in der Öffentlichkeit debattiert werden und sowohl lokale wie auch globale Perspektiven einbezogen werden. Es wurde angeregt, eine neue Theorie der Entwicklungspolitik zu schreiben, welche auch die SDG mit einbezieht.

Arbeitsgruppe B: Entwicklungspolitischen Konsequenzen des Krieges

Koordination:

Willy Vetter (ENS e.V.) & Friedemann Wiese (agl e.V.)

Die Arbeitsgruppe B beschäftigte sich mit den entwicklungspolitischen Konsequenzen des Krieges in der Ukraine. Zwei Kernfelder wurden dafür im Vorfeld identifiziert: Welternährung und Handel (1) sowie Klima und Energie (2). Der Krieg in der Ukraine beeinflusst schon jetzt und auch auf Dauer die Ernährungssicherheit sowie die Klima- und Energiepolitik weltweit. Die AG teilte sich in zwei Gruppen, eine analog und eine digital, die nacheinander jeweils beide Themenfelder bearbeitete. Dabei waren folgende Fragen leitgebend:

- 1 Welche Konsequenzen der Krieg für die Welternährung habe, welche anderen Faktoren bei derzeitigen Preissteigerungen eine Rolle spielten und welche entwicklungspolitischen Forderungen daraus abzuleiten sein.
- 2 Welche Bedeutung der Krieg für die Bekämpfung des Klimawandels habe, ob es einen „Rollback“ in der Energiepolitik oder einen Aufschwung für eine klimaneutrale Energieproduktion gebe und wie der Einfluss des Krieges auf die Klimafrage einzuschätzen sei.

Zum Themenfeld 1 wurde schnell festgestellt, dass sich bereits im Juni 2022 die Lebensmittelmärkte in einer Krise befanden, die mit der Welternährungskrise von 2007/2008 vergleichbar war. Vor allem bei Weizen, Mais und Sonnenblumenöl war und ist die Situation aufgrund drastischer Preisanstiege brisant. Russland und die Ukraine gehören hier zu den größten Exporteuren weltweit. Ihre Exporte sind durch eingeschränkte Transportmöglichkeiten und verminten Felder behindert. Gleichzeitig werden durch Sanktionen die Ex- und Importe von Düngemitteln beschränkt, wodurch langfristig niedrige Ernteerträge zu erwarten sind. Erwartet werden neben Hunger auch soziale Proteste und soziale Folgen, wie die Einschränkung von Arbeiter*innenrechten. Betroffen sind vor allem Länder im Globalen Süden, die teilweise 90-100% (Eritrea und Somalia) ihres Weizens aus Russland und der Ukraine beziehen. Einige Staaten, darunter jene, die selbst von Armut betroffen sind, haben ihrerseits Getreideexporte gestoppt um die eigene Versorgung sicherzustellen. Die Weltmarktpreise steigen dadurch allerdings weiter. Als weitere Faktoren für die steigenden Preise wurden eine sich bereits durch die Corona-Pandemie verschärfte Ausgangslage genannt, eine mit dem Klimawandel in Verbindung stehende Ressourcenknappheit, z.B. an Phosphor, sowie die industrialisierte Landwirtschaft, die von synthetischen Düngemitteln abhängig ist und ausgelaugte Böden produziert.

Die Frage nach den entwicklungspolitischen Konsequenzen wurde auf dieser Basis kontrovers diskutiert. Ein zentrales Spannungsfeld konnte ausgemacht werden zwischen notwendigen kurzfristigen Lösungen, um die akute Lebensmittelknappheit zu bekämpfen, und langfristigen Lösungen für eine nachhaltigere, ökologische Lebensmittelproduktion. Als kurzfristige Lösungen wurden die erwähnten Exportstopps einiger Länder genannt, aber auch die Freigabe ungenutzter Agrarflächen in Europa, die durch EU-Regularien derzeit verhindert ist. Langfristige Lösungen beinhalten eine Förderung agrarökologischer Bewirtschaftungskonzepte, die Unterstützung von Kleinbäuer*innen statt industrialisierter Landwirtschaft und allgemein einen strukturellen Umbau hin zu lokaler, resilienter und vielfältiger Landwirtschaft. Die Möglichkeit wurde genannt kurzfristige Lösungen, wie die Nutzung von Brachflächen, an eine strategisch zementierte Vereinbarung für eine ökologische Zukunft zu koppeln und damit kurzfristige und langfristige Lösungen miteinander zu vereinbaren.

Neben diesen sehr direkten Lösungen wurden weitere Faktoren formuliert, an denen angesetzt werden könne:

- eine Verminderung des Fleischkonsums, wodurch weniger Getreide für die Tierhaltung benötigt würde,
- weniger Lebensmittelverschwendung,
- Alternativen für Weizen als Nahrungsmittel,
- ein Hinterfragen globaler Wirtschaftswege,
- der Kampf für Landrechte für Frauen*,
- ein Umbau politischer Institutionen (z.B. WHO) und das Ende kolonialer Kontinuitäten,
- ein Schuldenerlass für verschuldete Staaten,
- Widerstand gegen neue Freihandelsabkommen.

Im Themenfeld 2 ging es um die Änderungen in der **Klima- und Energiepolitik** der EU/Deutschlands durch die Abkoppelung von russischen Energieträgern Öl und Gas, infolge der westlichen Sanktionen gegen die russische Invasion. Die vergleichsweise günstigen ökonomischen Energieträger aus Russland haben hohe klimatische Folgekosten. Dennoch kommt der schnelle Abbau der Einfuhren, mit dem Ziel ganz von russischen Energielieferungen unabhängig zu werden zu einer Zeit, wo viele EU-Länder zum großen Teil von eben jenen Energien maßgeblich abhängig sind. Auf dem Weg zur energiepolitischen Unabhängigkeit gehen viele Staaten, so auch Deutschland, bislang einen fossilen „Umweg“ über die Beschaffung von Gas von anderen teilweise autoritären Staaten wie Katar oder das Erschließen neuer Transportwege, Stichwort LNG-Terminals. In der Gruppe wurden unter der Frage „Wird es ein „Rollback“ in der Energiepolitik geben? Oder beschleunigt dieser Krieg womöglich sogar die Transformation in Richtung einer klimaneutralen Energieproduktion bzw. Gesellschaft?“ folgende Gedanken ausgetauscht: Die Versuchung zur Atomkraft zu gehen sei groß, es gebe momentan Sachzwänge, das Gas zum Heizen sei nötig, die aktuelle Zeit müsse jetzt fossil überbrückt werden. Entwicklungspolitische Akteur*innen müssten sich ggf. mehr mit FridaysForFuture u.a. verbünden und noch politischer und sichtbarer werden. Das Thema „Klimawandel“ sei bei vielen Projekten bereits Thema und stark bei Schulen nachgefragt. Die Lösung wird für das Energieproblem verzögert sein, daher müssten junge Menschen noch stärker in Aktivitäten eingebunden werden, ebenso Menschen aus dem vom Klimawandel stark betroffenen Globalen Südens. Für entwicklungspolitische Bildung böten sich nun u.a. zwei Schwerpunkte an: Suffizienztheorien stärker zum Thema machen, sowie Zusammenhänge zwischen extraktiver Ressourcenförderung (Gas, Öl, Avocados...) und Autokratien betrachten.

Die Gruppe stellte sich die Frage, **„wie können wir diese Problemlage nutzen, um unsere Arbeit bekannter und wichtiger zu machen?“** Es wurde deutlich, dass es an wirksamen Lobbyismus fehle. Die Zivilgesellschaft müsse stärker empowert werden. Vielleicht brauche die Zivilgesellschaft mehr Leidensdruck, um stärker auf die Politik zu wirken? Es brauche lokale Lösungen statt globaler Abhängigkeiten: Wind-, Solar- und Wasserkraft müssten mehr gefördert werden.

Die zweite Frage „Was bedeutet dieser Krieg für die Bekämpfung des Klimawandels? Wie schätzen wir den Einfluss des Ukraine-Krieges auf die Klima-Frage ein?“ in der Koordination:

Willy Vetter (ENS e.V.) & Friedemann Wiese (agl e.V.) Gruppe brachte folgende Gedanken in die Runde: Krieg sei immer schlecht für die Umwelt. Er bedeute langjährige Belastungen und die Vergiftung des Ackerlandes durch z.B. Chemikalien oder Verminung. Der Krieg berge die Gefahr, dass Aufmerksamkeit für Klimawandel verloren ginge. Internationale Kooperation werde schwerer. Es müssten mehr klimaschonende Energieprojekte im Globalen Süden gefördert werden. Dabei müsse die Lokalbevölkerung aktiv in Problemlösung einbezogen werden. Menschenrechte müssen selbstverständlicher Standard sein. Insgesamt bedürfe es einer Diversifizierung und Dezentralisierung der

Energieerzeugung. Es bestünde ein Dilemma aus dem wachsenden Energiehunger und der Entflechtung globaler Beziehungen.

Abschließend wurde festgestellt, dass die Praxis guter entwicklungspolitischer Bildung viele Werkzeuge für die umfassende Betrachtung und politische Abwendung solcher Katastrophen beinhalte, die aktuelle Politik aber einmal mehr zeige, dass sie nicht die Lehren ihrer eigenen (Förder-)Programmatik umsetzt.

Arbeitsgruppe C: Der Ukraine-Krieg, Rassismus und die Notwendigkeit einer globalen Solidarität

-ohne Zusammenfassung-

Koordination:

Carina Flores (ENS e.V.), Aimee Nguemtchueng & Andreas Rosen (beide SNSB)